

Auswirkungen der EG-Anti-Terrorismus-Verordnung

1. Hintergrund

Im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung hat die EU mit zwei Verordnungen die Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Bekämpfung des Terrorismus umgesetzt.

Durch die Verordnungen 2580/2001 und 881/2002 wird es untersagt, terroristischen Personen, Gruppen und Organisationen im In- und Ausland Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Diese Regelung gilt für alle am Wirtschaftsleben beteiligten Personen, ex- und importierende Unternehmen, Banken und Versicherungen.

Es sind alle Geschäftskontakte, jede Warenlieferung oder Dienstleistung zu bzw. mit den aufgeführten Personen und Organisationen untersagt.

Wer seit dem Jahr 2002 an einen Terrorverdächtigen liefert, egal welche Art von Ware oder Dienstleistung, macht sich strafbar nach § 34 IV u. VII AWG.

Namen terrorverdächtigter Personen, Gruppen und Organisationen werden auf Listen der UN, der EU und auch des deutschen Wirtschaftsministeriums veröffentlicht.

Demjenigen, der einem auf den jeweiligen Listen veröffentlichten Terrorverdächtigen etwas verkauft, drohen nach EU-Recht hohe Geld- und sogar Haftstrafen.

2. Konsequenzen für die Unternehmen

Aufgrund dieser Verordnungen sind Unternehmen gehalten, jeden Geschäftskontakt - Kunden, Lieferanten und Personal - daraufhin zu überprüfen, ob ggf eine Identität mit Namen auf den Listen vorliegt. Ist dies der Fall, ist weiterhin zu klären, ob es sich tatsächlich um einen Terroristen handelt oder lediglich um eine Namensgleichheit.

Dafür kann man sich an die Deutsche Botschaft vor Ort oder direkt an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wenden.

Falls die Überprüfung ergibt, daß der Adressat trotz Namensgleichheit kein Terrorist ist, sollte dies unbedingt dokumentiert werden, so daß bei einer Betriebsprüfung ein Verstoß widerlegt werden kann.

Die sich ständig ändernden Namenslisten sind für die Praxis allerdings sehr problematisch.

Es gibt keine aktualisierte Namensliste, sondern nur laufende Hinzufügungen oder Streichungen.

Die Namen sind oftmals nicht eindeutig, da es sich um Decknamen handelt. Außerdem bestehen Probleme bei der Schreibweise, z. B. durch die Übertragung aus dem Arabischen.

Manuell ist eine Kontrolle entsprechend den Richtlinien der EU-Verordnungen von daher kaum möglich. Zur Einhaltung der Verordnungen ist daher in den meisten Fällen die Einführung einer Software unumgänglich.

Das Unternehmen muß den Vorfall dann unverzüglich dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle melden.

Die Anti-Terror-Verordnungen sind nicht nur bei Ein- und Ausfuhren zu beachten, sondern auch bei innereuropäischen und innerstaatlichen Geschäften.

3. Sonderfall USA

Unternehmen, welche die USA als Geschäftspartner haben, müssen zudem darauf achten, nicht mit dem amerikanischen Gesetzgeber in Konflikt zu geraten. Sie müssen zusätzlich die weiteren US-amerikanischen Listen mit Namen terrorverdächtiger Personen, Gruppen und Organisationen beachten.

4. Einhaltung der Bestimmungen

Die Einhaltung der Bestimmungen wird durch die Zollbehörden streng überwacht. Sie prüfen im Rahmen der Warenabfertigung, ob sich aus den vorgelegten Unterlagen ein Bezug zu den gelisteten Personen ergibt. Im Zweifel wird die Abfertigung abgelehnt und eine Nachprüfung veranlaßt. Inzwischen kommen auch Betriebsprüfer der Zollverwaltung in Unternehmen und überprüfen den Kundenstamm.

Darüber hinaus gibt es einen Erlaß des Bundesministeriums der Finanzen, der bei Außenwirtschaftsprüfungen in den Unternehmen die Prüfer zur Einbeziehung der Anti-Terror-Verordnungen verpflichtet.

5. Haftung

Nach §§ 13,14 II StGB haftet bei Unterlassen entsprechender organisatorischer Maßnahmen die Unternehmensleitung selbst.

Von zuständigen Oberfinanzdirektoren können im Falle von Aufsichtsverletzungen Geldbußen gegen Unternehmensverantwortliche nach § 130 OWiG verhängt werden.

Gegen das Unternehmen können straf- und ordnungsrechtliche Maßnahmen ausgesprochen werden, wie z. B. der Verfall des Bruttoerlöses nach § 73 III StGB, sowie Geldbußen bis zu 500.000 € nach § 30 OWiG.

Zur Einhaltung der Verordnungen genügt allein die Einführung einer Software nicht. Zusätzlich sind klare Arbeits- und Organisationsanweisungen notwendig, die u.a. die zu prüfenden Bereiche, die Häufigkeit der Prüfungen und die Zuständigkeiten festlegen.

Diese müssen von der Geschäftsführung verabschiedet werden.

In den Unternehmen sollten aus diesen Gründen klare Arbeits- und Organisationsanweisungen erfolgen und Verantwortliche für die Einhaltung der EG-Anti-Terrorismus-Verordnungen benannt werden.

Carolin Lichtenberg
Rechtsanwältin

Norbert Rauch
Geschäftsführer

atarax GmbH